

Niederschrift

Gremium:	Haupt- und Finanzausschuss
Sitzung:	5. öffentliche/nicht-öffentliche Sitzung (HF/2017/005)
Sitzungsdatum:	Donnerstag, 02.02.2017
Sitzungsort:	Ratssaal des Rathauses, 1. Etage, Raum Nr. 115
Beginn der Sitzung: 18:50 Uhr	Ende der Sitzung: 23:38 Uhr

Anwesend:

Bürgermeisterin

Voß, Karola

stellv. Vorsitzender

Kersting, Hubert

CDU

Vorkamp, Thomas
Pomberg, Winfried
Reehuis, Markus
Große-Schwiep, Josef
Terhalle, Josef
Benölken, Franz
Büning, Stefan
Enste, Margarete
Hemsing, Klaus

SPD

Dönnebrink, Andreas
Lambers, Klaus
Herickhoff, Hermann Josef
Fischer, Mathilde

UWG

Ruwe, Felix
Heijnk, Annegret

Bündnis 90/Die Grünen

Löhring, Klaus

bis einschl. TOP 2.1 öff. Sitzung, 23:16 Uhr

WGW

Frankemölle, Norbert

FDP

Horst, Reinhard

stellv. Schriftführer

Wellers, Fabian

Verwaltung

Althoff, Hans-Georg

Leuker, Werner

Beckmann, Georg

Lürick, Wilhelm

Schröder, Marco

Thesing, Michael

Tagesordnung:

A. Öffentliche Sitzung

- 1 Niederschrift über die 4. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 26.01.2016

- 2 Beratung des Haushaltsplanentwurfs mit Anlagen für das Jahr 2017

- 2.1 Planungen zum Bahnhofsumfeld
- Antrag der CDU-Fraktion vom 12.10.2016

- 2.2 Sperrvermerk zu Planungs- und Investitionskosten im Feuerwehrbereich
- Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion vom 24.01.2017

B. Nichtöffentliche Sitzung

- 1 Niederschrift über die 4. nicht-öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 26.01.2016

- 2 Berichterstattung des Fachbereiches Rechnungsprüfung über die Ausführung der Beschlüsse des Rates und des Haupt- und Finanzausschusses lt. Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 19. Juni 1975
- 3 Kenntnisnahme der Vergabeentscheidungen der/s Bürgermeisterin / Verwaltungsvorstandes im Jahr 2016

A. Öffentliche Sitzung

1 Niederschrift über die 4. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 26.01.2016

Die Niederschrift über die 4. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 26.01.2016 wird anerkannt.

2 Beratung des Haushaltsplanentwurfs mit Anlagen für das Jahr 2017

Auf Vorschlag von Bürgermeisterin Voß wird der Beschluss über die Haushaltssatzung bis zum Abschluss der Beratungen zurückgestellt. Ferner werden der Empfehlung der Bürgermeisterin folgend die Seiten 9 bis 114 des Haushaltsplanentwurfes abschnittsweise behandelt. Die Einzelbudgets sollten dann seitenweise beraten werden. Mit dieser Vorgehensweise erklärt sich der Ausschuss einverstanden.

Leitziele - I. Haushaltskonsolidierung

Ratsherr Reehuis (CDU-Fraktion) regt an, erneut in die Zieldiskussion einzusteigen, da eine komplette Entschuldung bis zum Jahr 2023 vor dem Hintergrund neu aufgenommenen Kredite kritisch zu betrachten sei.

Erster Beigeordneter Althoff schlägt vor, sich hierzu im Laufe des Jahres 2017 gemeinsam mit der Politik zusammzusetzen und sämtliche Ziele zum Haushalt 2018 zu besprechen und falls notwendig neu zu definieren.

Fraktionsvorsitzender Vortkamp (CDU-Fraktion) stimmt dem zu. Er regt ergänzend an, in diesen Gesprächen auch die mittelfristige Finanzplanung in den Blick zu nehmen.

Bürgermeisterin Voß und Erster Beigeordneter Althoff erläutern im Weiteren die gesetzlichen Vorgaben sowie die Vorgehensweise der Verwaltung bei der Aufstellung der mittelfristigen Finanzplanung.

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) fordert, dass die Verwaltung eine Aufstellung aller derzeit laufenden Darlehen der Stadt Ahaus, inkl. Laufzeiten sowie Zins- und Tilgungsbelastung erstellen möge.

Leitziele - III. Familienfreundliches Ahaus

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) stellt für seine Fraktion den Antrag, das Leitziel durch verschiedene Programme und Strukturänderungen neu zu definieren.

So beantrage seine Fraktion vor dem Hintergrund des Leerstandsmanagements für die Förderung der Wohnraumgestaltung über das Projekt „Jung kauft Alt“, bei dem Fördermöglichkeiten von jungen Familien bei Umnutzung oder Umbau von Altbauten geschaffen werden, insgesamt maximal jährlich 100.000 EUR im Haushalt einzuplanen. Für die erste Konzepterstellung sollten zusätzlich 10.000 EUR eingeplant werden.

Ratsfrau Heijnk (UWG-Fraktion) schlägt vor, die Gegebenheiten in Ahaus zunächst zu prüfen und hierzu Rücksprache mit der Gemeinde Heek zu halten, in der das Projekt derzeit laufe.

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) spricht gegen den gestellten Antrag und weist auf Lösungsansätze auf Landesebene hin. Hier sei nicht angezeigt, dass die Gemeinden ihrerseits Fördermöglichkeiten schüfen.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) sieht das Gesamtpaket des Antrags kritisch. Einzelne Vorschläge seien für seine Fraktion durchaus tragbar, andere wiederum nicht.

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) möchte den Antrag als Diskussionsgrundlage verstanden wissen. Einzelne Maßnahmen seien zukünftig in den Fachausschüssen zu besprechen.

Bürgermeisterin Voß formuliert abschließend den folgenden Beschlussvorschlag und lässt anschließend darüber abstimmen:

„Das Konzept ‚Familienfreundliches Ahaus‘ soll durch die Verwaltung im Dialog mit der Politik vorbereitet und in die verschiedenen Themenbereiche gegliedert werden, für die jeweils eine Bestandsaufnahme vorgenommen sowie eine Entwicklung von Grob- und Feinzielen erarbeitet wird. Für die erste Umsetzung werden im Haushalt 2017 Haushaltsmittel in Höhe von 10.000 EUR vorgesehen.“

Abstimmungsergebnis

Einstimmiger Beschluss

Produktgruppe 01.01 - Politische Gremien

Auf Nachfrage von Ratsfrau Heijnk (UWG-Fraktion) erläutert Bürgermeisterin Voß den Haushaltsansatz für Aufwandsentschädigungen für Ausschussvorsitzende, bzw. stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Produktgruppe 01.06 - Personalmanagement

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) weist auf das schon länger geplante Vorschlagswesen hin und erfragt den aktuellen Stand.

Bürgermeisterin Voß erläutert, dass seitens der Verwaltung ein entsprechendes Konzept zum innerbetrieblichen Vorschlagswesen bereits erarbeitet worden sei und sagt zu, dieses den Ratsmitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Ratsherr Kersting (UWG-Fraktion) erfragt vor dem Hintergrund der Altersstruktur der städtischen Beschäftigten die langfristige Personalplanung.

Bürgermeisterin Voß erläutert, dass für den Zeitraum in 5-10 Jahren große Abgänge zu erwarten seien. Mit Aus- und Fortbildung seien diese allein nicht zu kompensieren. Generell stelle die Personalplanung eine große Herausforderung dar. Momentan erarbeite die Verwaltung entsprechende Lösungsansätze.

Produktgruppe 01.07 - Beschäftigtenvertretung/Gleichstellung von Mann und Frau

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) stellt dar, dass in den Erläuterungen zum Teilergebnisplan zu den Sonstigen ordentlichen Aufwendungen Änderungen deutlicher gemacht werden sollten. Dies gelte für alle Teilergebnispläne.

Bürgermeisterin Voß sagt zu, dies soweit mit vertretbarem Aufwand verbunden zu beachten.

Produktgruppe 01.08 - Finanzmanagement und Rechnungswesen

Ratsherr Kersting (UWG-Fraktion) stellt den Antrag, dass den Ratsmitgliedern jeweils jährlich eine Übersicht über laufende Rechtsstreitigkeiten der Stadt Ahaus vorgelegt werden soll.

Abstimmungsergebnis

19 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

Damit ist der Antrag angenommen.

Zu einer weiteren Übersicht zu Flüchtlingsunterkünften, wie von Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) erbeten, weist Beigeordneter Leuker darauf hin, dass jeweils aktuelle Informationen in den Sitzungen des Ausschusses für Soziales und Arbeit, Familien und Senioren gegeben würden.

Produktgruppe 01.09 - Datenverarbeitung

Auf Nachfrage von Fraktionsvorsitzender Ruwe (UWG-Fraktion) erläutert Erster Beigeordneter Althoff, dass bei der Anschaffung neuer EDV-Geräte auf die Stromsparsamkeit geachtet würde. Eine Ermittlung des Stromverbrauchs jedes einzelnen bereits eingesetzten Gerätes sei nicht möglich.

Produktgruppe 01.10 - Immobilienwirtschaft

Fraktionsvorsitzender Ruwe (UWG-Fraktion) weist auf die verschiedenen Begriffe der Einrichtungen im Kulturquadrat hin. Die Verwaltung sagt zu, diese im endgültigen Haushalt zu vereinheitlichen.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) erfragt die relativ gleichbleibende Entwicklung der bilanziellen Abschreibungen. Erster Beigeordneter Althoff und Herr Schröder erläutern die zugrunde liegenden Berechnungsmodelle.

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) erkundigt sich zur Maßnahme 0.0000.00067. Hierzu erläutert Beigeordneter Beckmann, dass es sich im Wesentlichen um die Alten Zolnhäuser sowie die Hofstelle Ammeln 47 handle.

Produktgruppe 02.04 - Feuerwehr und Rettungsdienst

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) erkundigt sich nach dem Ansatz für Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen. Den Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1.530.000 EUR und dem Ansatz in Höhe von 290.000 EUR seien keine Erläuterungen beigefügt.

Erster Beigeordneter Althoff erklärt, dass Fahrzeugbeschaffungen anstünden, für die Mittel übertragen worden seien. Die Verpflichtungsermächtigungen seien im Wesentlichen im Zusammenhang mit dem Austausch der Drehleiter sowie der weiteren Anschaffung von Fahrzeugen zu sehen, die allerdings erst im Jahr 2018 haushaltswirksam würden.

Produktgruppe 03.01 - Bereitstellung schulischer Einrichtungen und Leistungen

Fraktionsvorsitzender Löhring (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erfragt einen Sachstandsbericht zur Teilnahme Ahauser Schulen im Rahmen des Schulungsprogramms NRW zur zukunftsorientierten Ernährung an Grund- und Förderschulen.

Beigeordneter Leuker nimmt die Anregung mit und sagt eine zeitnahe Prüfung und Information der Ratsmitglieder zu.

Ratsfrau Heijnk (UWG-Fraktion) erkundigt sich nach dem räumlichen Mehrbedarf für das OGS-Angebot.

Beigeordneter Leuker erläutert, dass derzeit in allen OGS eine ausreichende Raumkapazität vorhanden sei. Den Bedarf müsse man jährlich vor dem Hintergrund der Schülerzahlen neu ermitteln und im Auge behalten.

Auf Nachfrage von Ratsherr Kersting (UWG-Fraktion) führt er ferner aus, dass die Verwaltung bezüglich der Arbeit und der Unterstützung der Fördervereine im engen Kontakt mit den Schulen stehe. In regelmäßigen Trägerrunden würden wichtige Angelegenheiten möglichst aktuell besprochen und geklärt.

Produktgruppe 04.01 - Kulturelle Angebote und Einrichtungen

Ratsherr Kersting (UWG-Fraktion) fragt an, warum für die Anschaffung eines Konzertflügels 40.000 EUR veranschlagt würden.

Bürgermeisterin Voß erläutert, dass neue Flügel bis zu 150.000 EUR kosten könnten. Es werde versucht ein gutes, gebrauchtes Instrument zu beschaffen.

Fraktionsvorsitzender Löhring (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) regt die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Vernetzung und Optimierung des kulturellen Angebots im Kulturquadrat an.

Bürgermeisterin Voß und Beigeordneter Leuker erläutern hierzu, dass das erste Jahr im Kulturquadrat zunächst als Probetrieb abgewickelt werden sollte. Auf den gemachten Erfahrungen könne man dann aufbauen und eventuelle Anpassungen und Nejustierungen vornehmen.

Aus der folgenden Diskussion nimmt Beigeordneter Leuker die Anregung mit, dass die kulturellen Veranstaltungen außerhalb des Kulturquadrats nicht aus den Augen verloren werden dürften. Auch sei die Bewerbung dieser Veranstaltungen sowie der Möglichkeiten des Ticketerwerbs wichtige Bestandteile der entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit.

Produktgruppe 04.02 - Musikschule

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) stellt für seine Fraktion den Antrag, dass der Personalansatz für die Musikschule mit Festanstellungen festzusetzen sei, so dass das gute Niveau der Musikschule gehalten/verbessert werden könne. Es seien mindestens acht Festanstellungen einzurichten.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) weist darauf hin, dass die Musikschule auch beim Personalbedarf flexibel bleiben müsse. Qualitätssicherung sei wichtig, jedoch seien mit Hinblick auf die mittel- und langfristige Kostendeckung laufende Überprüfungen notwendig. Vor diesem Hintergrund sei die Festschreibung von Stellenzahlen nicht zu empfehlen.

Bürgermeisterin Voß und Beigeordneter Leuker stimmen dem zu und weisen auf die notwendige Abstimmung mit den beteiligten Kommunen hin.

Im Anschluss lässt Bürgermeisterin Voß über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen. Als Ziel soll vereinbart werden, dass der Personalschlüssel an der Musikschule so gestaltet werden soll, dass eine Niveausicherung der Musikschule gehalten wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Fraktionsvorsitzender Löhring (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) regt an, Integration von Flüchtlingskindern ebenfalls über die Musikschule anzubieten. Hierfür sollten Mittel im Haushalt bereitgestellt werden.

Beigeordneter Leuker weist auf die Möglichkeit hin, dass für betroffene Kinder Mittel aus den Leistungen für Bildung und Teilhabe beantragt werden könnten. Er sensibilisiert im Hinblick auf die Gleichberechtigung von Kindern im SGB II-Bereich.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) ergänzt, dass Regelungen für alle betroffenen Kinder aus dem SGB II- und Asylbereich möglich sein sollten.

Ratsfrau Heijnk (UWG-Fraktion) erfragt, inwiefern Mittel aus dem Landesprogramm „JeKits - Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen“ abgerufen werden könnten.

Fraktionsvorsitzender Löhring (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) ergänzt, dass eventuell auch Möglichkeiten über die Sparkassenstiftung bestünden.

Beigeordneter Leuker nimmt diese Anregungen mit und sagt eine Prüfung zu. Ergebnisse sollten im Fachausschuss vorgestellt werden.

Produktgruppe 04.03 - Stadtbibliothek

Fraktionsvorsitzender Löhring (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) regt hier an, die abendlichen Öffnungszeiten auszuweiten. Mindestens an einem Abend in der Woche sollte eine Öffnungszeit bis mindestens 20:00 Uhr angeboten werden.

Beigeordneter Leuker sagt zu, diese Anregung gemeinsam mit der Fachbereichsleitung sowie der Leitung und den Mitarbeitern der Stadtbibliothek zu prüfen.

Produktgruppe 05.01 - Soziale Leistungen

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) erfragt, inwieweit Flüchtlinge anders untergebracht werden können, damit angemietete Objekte wieder abgegeben werden können.

Beigeordneter Beckmann erklärt, dass Laufzeiten von Mietverträgen zu beachten seien. Insgesamt sei die Entwicklung der Flüchtlingssituation in 2017 allerdings nicht planbar.

Produktgruppe 06.01 - Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen

Fraktionsvorsitzender Löhring (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragt, ob es einen Erzieherpool gebe.

Herr Lürick führt aus, dass gerade zwei Springerkräfte eingestellt worden seien. Allerdings seien aufgrund von Beschäftigungsverboten bei Schwangerschaft wieder einige Kräfte ausgefallen. Bis zum Sommer seien die Stellen jedoch zunächst vollständig besetzt. Der Arbeitsmarkt für Erzieherinnen stelle sich jedoch derzeit schlecht dar.

Ratsherr Kersting (UWG-Fraktion) erfragt die Entwicklung der U3/Ü3-Entwicklung.

Beigeordneter Leuker führt aus, dass die Planungen für das Jahr 2018 diesbezüglich mit dem Planungsbüro KomPlan in Kürze anliefern.

Produktgruppe 06.03 - Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

Fraktionsvorsitzender Löhring (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erkundigt sich vor dem Hintergrund der gesetzlichen Änderung im UVG-Bereich nach geplanten Stellenänderungen.

Beigeordneter Leuker bestätigt den Mehraufwand bezüglich der gesetzlichen Änderung. Im zweiten Halbjahr 2017 sollen mit den Fachbereichen 50 und 51 Überprüfungen der tatsächlich angefallenen Mehrbelastungen stattfinden, um dann für das Jahr 2018 Personalplanungen zu konkretisieren. Entsprechende Zahlen könnten im Fachausschuss Anfang des Jahres 2018 vorgestellt werden.

Rückforderungen im Bereich UVG führe die Stadt Ahaus selbst durch. Die Quoten hielten sich im linearen Bereich.

Produktgruppe 08.02 - Sportförderung

Auf Nachfrage von Fraktionsvorsitzender Löhring (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erläutert Beigeordneter Leuker, dass das Sportstättenentwicklungskonzept Mitte 2017 vorliege. Nach den Beratungen der Schlussfolgerungen aus diesem Konzept und den entsprechenden Beschlüssen könnten die Sportförderrichtlinien erarbeitet werden.

Produktgruppe 09.01 - Stadtentwicklungsplanung

Auf Nachfrage von Fraktionsvorsitzender Löhring (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erklärt Herr Beckmann, dass die Personalsituation in der Stadtplanung sich aufgrund einer Neueinstellung nur leicht entspannt habe. Die zu erledigenden Projekte zu Bebauungsplänen müssten weiterhin nach einer Prioritätenliste abgearbeitet werden.

Produktgruppe 12.03 - ÖPNV

Fraktionsvorsitzender Löhring (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) schlägt vor, dass die Stadt Ahaus am Projekt ‚Stadtradeln‘ teilnehmen möge.

Erster Beigeordneter Althoff nimmt die Anregung zur Klärung mit.

Produktgruppe 13.01 - Öffentliches Grün

Beigeordneter Beckmann nimmt Anregungen der Ratsmitglieder zu den Themen Laubentfernung, Baumscheiben sowie zum Projekt ‚Kommunaler Klimaschutz NRW‘ zur Klärung mit.

Produktgruppe 13.02 - Friedhöfe und Bestattungswesen

Herr Schröder erläutert auf Frage von Ratsherr Kersting (UWG-Fraktion), dass die geplanten Investitionskosten in Höhe von 2 Mio. EUR zum Neubau Friedhof im Bereich Immobilienwirtschaft erfasst seien.

Produktgruppe 16.01 - Allgemeine Finanzwirtschaft

Erster Beigeordneter Althoff erläutert die Zusammensetzung der Steuererträge zur Vergnügungssteuer wie folgt:

Steuererträge jährlich gesamt:	rund	1.000.000 EUR
davon Erträge aus Spielgeräten <u>mit</u> Gewinnmöglichkeit		950.000 EUR
davon Erträge aus Unterhaltungsgeräten <u>ohne</u> Gewinnm.		10.000 EUR

Der verbleibende Differenzbetrag enthält die Erträge aus den Tanzveranstaltungen. Diese stellten sich in den Jahren wie folgt dar:

2015: rund 40.000 EUR (= 3% der Gesamterträge aus der Vergnügungssteuer)

2016: rund 46.000 EUR (= 5 %)

2017: rund 80.000 EUR - Prognose (= 8 %)

2018: rund 80.000 EUR - Prognose (= 16 %)

Für 2018 sei aufgrund der Änderung des Glücksspielstaatsvertrages (Wegfall Mehrfachkonzession) mit weniger Einnahmen aus den Spielgeräten zu rechnen, weshalb der Anteil der Erträge aus Tanzveranstaltungen prozentual steige.

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) und Ratsherr Kersting (UWG-Fraktion) hinterfragen das Verhältnis des Aufwands im Gegensatz zum Ertrag.

Herr Schröder erläutert die interne Sachbearbeitung im Fachbereich Finanzen.

Nach entsprechendem Vorschlag von Fraktionsvorsitzender Vortkamp (CDU-Fraktion) lässt Bürgermeisterin Voß abstimmen, ob die Verwaltung einen Vorschlag zur Satzungsänderung vorbereiten soll, die einen Wegfall der Besteuerung auf Tanzveranstaltung sowie die Besteuerung von Wettbüros enthält.

Abstimmungsergebnis:

19 Ja-Stimmen

1 Enthaltung

Erster Beigeordneter Althoff nimmt diesen Auftrag mit.

Anlagen - Stellenplan

Bürgermeisterin Voß weist auf die nachgereichten zusätzlichen Erläuterungen hin.

Fraktionsvorsitzender Vortkamp (CDU-Fraktion) erfragt die Entwicklung der Feuerwehr vor dem Hintergrund der Brandschutzbedarfsplanung.

Erster Beigeordneter Althoff erklärt, dass die Stellen, die sich aus der Ausnahmegenehmigung nach § 10 BHKG der Bezirksregierung von Ende Januar 2017 ergeben könnten, seien im Haushaltsentwurf noch nicht enthalten. Die Ausnahmegenehmigung sei befristet bis zum 31.12.2019. Es stünde fest, dass ein zusätzlicher Personalbedarf vorliege, eventuelle diesbezüglich notwendige Anpassungen würden sich allerdings erst aus weiteren Gesprächen mit der Bezirksregierung sowie dem Kreis Borken ergeben. Änderungen seien dann zunächst der Bezirksregierung zur Genehmigung vorzulegen bevor zur Beratung in den Rat gegangen werden könnte. Zusätzliche Bedarfe sollten über Ausbildung freiwilliger Kräfte zu hauptamtlichen FeuerwehrbeamtInnen abgedeckt werden.

Fraktionsvorsitzender Vortkamp (CDU-Fraktion) erkundigt sich ferner nach der Ausgliederung der Feuerwehr in einen eigenen Fachbereich mit den dazugehörigen Stellenänderungen.

Bürgermeisterin Voß weist auf die im Zuge der Brandschutzbedarfsplanung durchgeführte Organisationsuntersuchung hin und erläutert, dass hier die Empfehlung ausgesprochen worden sei, den Feuerwehrbereich eigenständig zu organisieren.

Erster Beigeordneter Althoff ergänzt, dass das Gutachten im Ergebnis aussage, dass die fachliche Verantwortung aufgrund der fachlichen Kompetenz allein beim Leiter der Feuerwehr und Rettungswache liegen sollte. Diese Maßnahme diene insbesondere dazu, die Schnittstellen bei notwendigen Abstimmungen zu reduzieren und die Arbeitszeit hinsichtlich der Effektivität besser zu nutzen. Verantwortung, Aufgabe und Kompetenz solle zusammengeführt werden. Aufgrund der Rückstände bei der Geräteprüfung sei die Einrichtung einer weiteren Planstelle notwendig.

Die organisatorischen Dinge seien bereits umgesetzt, insbesondere die Besetzung der Leitungsstellen bliebe weiterhin dem Rat vorbehalten.

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) erkundigt sich nach der Stellenänderung im Bereich Büro der Bürgermeisterin und der Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit/ Wirtschaftsförderung.

Bürgermeisterin Voß führt aus, dass die gegenwärtige Organisation der Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit/ Wirtschaftsförderung in einer Person nicht ausreiche, um Wirtschaftsförderung ausreichend bearbeiten zu können. So solle eine zusätzliche Stelle eingerichtet werden, damit die Aufgaben Öffentlichkeitsarbeit und Wirtschaftsförderung von je einer Person bearbeitet werden könnten. Nach der Reduzierung einer Verwaltungsstelle im Büro der Bürgermeisterin um 50 % würde damit nur eine halbe Stelle zusätzlich geschaffen. Die Stelle Öffentlichkeitsarbeit solle dann im Fachbereich Büro der Bürgermeisterin angesiedelt werden, um Synergieeffekte besser nutzen zu können.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) weist auf die Einrichtung der Stabsstelle im Jahr 2011 als kombinierte Stelle Öffentlichkeitsarbeit/ Wirtschaftsförderung hin. Dies müsse so beibehalten werden. Es sei nicht deutlich, welche Vorteile in einer Verlagerung der Öffentlichkeitsarbeit lägen, gerade im Hinblick auf die Vertretungsmöglichkeiten.

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) und Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) stimmen dem zu. Beide fordern die Vorlage eines Konzeptes zur Neuorganisation des Bereichs Öffentlichkeitsarbeit/ Wirtschaftsförderung.

Bürgermeisterin Voß stellt die Vorstellung eines solchen Konzeptes in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Tourismus in Aussicht.

Ratsherr Kersting (UWG-Fraktion) hinterfragt im Anschluss die zusätzlich geplante Stelle im Bereich Rechnungsprüfung und weist auf die Möglichkeit hin, Prüfungen auch an externe Büros vergeben zu können.

Bürgermeisterin Voß weist auf die Schwierigkeit hin, gesetzlich vorgeschriebene Pflichtprüfungen durchzuführen, da die Stellenbesetzungen derzeit nicht ausreichen würden. Zur Qualitätssicherung sei die Ausstattung des Bereiches mit einer Leitungsstelle (A13) sowie zwei weiteren Vollzeitstellen notwendig.

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) weist ebenfalls auf die Möglichkeit hin, Prüfungen auch an externe Büros zu vergeben.

Fraktionsvorsitzender Löhring (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) hinterfragt die Stelleneinrichtungen in der Bauverwaltung und dem Fachbereich Organisation und Personal. Er weist darauf hin, dass solche Stellen extern ausgeschrieben werden müssten.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) entgegnet, dass interfraktionell klar abgeprochen sei, Stellen zunächst intern auszuschreiben und danach bei Bedarf extern.

Herr Lürick erläutert die Stellenplanungen im Fachbereich Organisation und Personal zur Personalentwicklung. Die entsprechende Wertigkeit sei gegeben. Auch sei der Personalbestand in den letzten Jahren trotz Mehrbelastung durch eine erhöhte Anzahl an Mitarbeitern unverändert geblieben. Der Bereich sei im Gegensatz zu vergleichbaren Städten unterbesetzt.

Beigeordneter Beckmann stellt im Anschluss die Planungen zur Stelle in der Bauverwaltung dar. So fehlten im Baubereich insgesamt Verwaltungskräfte. Eine fachbereichsübergreifende Verwaltungsstelle zur Stärkung des nicht-technischen Dienstes sei hier dringend erforderlich.

Bürgermeisterin Voß schlägt auf Nachfrage von Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) vor, dass die Verwaltung zu den geplanten Änderungen in den Bereichen Rechnungsprüfung

und Organisation und Personal ein Konzept erarbeitet und zur interfraktionellen Beratung vorlegt.

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) schlägt abschließend vor, die Stelle im Verwaltungsbereich der Bauverwaltung mit E10/A11, nicht mit E11/A12 einzuplanen.

Hierüber lässt Bürgermeisterin Voß auf Nachfrage von Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen
13 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Damit soll die Stelle mit E10/A11 eingeplant werden.

Zum Abschluss der Beratungen stellt Bürgermeisterin Voß den folgenden Beschlussentwurf zur Abstimmung:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, die Haushaltssatzung 2016 unter Berücksichtigung der beratenen und beschlossenen Veränderungen zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

1 Ja-Stimme
1 Nein-Stimme
18 Enthaltungen

Damit empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat, die Haushaltssatzung 2016 nicht zu beschließen.

**2.1 Planungen zum Bahnhofsumfeld
- Antrag der CDU-Fraktion vom 12.10.2016 A/2016/0078**

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) zieht den Antrag seiner Fraktion zurück unter der Maßgabe, dass der Beratungsgegenstand in den unter TOP 2 vereinbarten Zielvereinbarungsgesprächen zum Haushalt behandelt wird.

**2.2 Sperrvermerk zu Planungs- und Investitionskosten im Feuerwehrbereich
- Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion vom 24.01.2017 A/2017/0087**

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) erläutert den Antrag seiner Fraktion. So sollten Sperrvermerke eingestellt werden, solange die Verwaltung nicht eine genaue Aufstellung erstelle, wann genau welche Maßnahme im Feuerwehrbereich durchgeführt werden solle.

Beigeordneter Beckmann erläutert, dass mit der Einstellung von Sperrvermerken zu den Planungskosten keine Planung zu den Maßnahmen möglich sei.

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) schlägt vor, keine Sperrvermerke einzustellen, sondern die Verwaltung zu beauftragen eine solche gewünschte Aufstellung vorzulegen.

Erster Beigeordneter Althoff und Beigeordneter Beckmann sagen auf Vorschlag von Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) zu, einen entsprechenden Sachstandsbericht aus der Brandschutzbedarfsplanung und dem Gebäudezustandsbericht für die Beratungen in interfraktioneller Runde zusammenzufassen.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) zieht daraufhin den Antrag für seine Fraktion zurück.

gez. **Karola Voß**
Vorsitzende

gez. **Fabian Wellers**
Schriftführer